



In einem Flüchtlingslager erhalten Familien Grundnahrungsmittel

## „Wir bitten Gott, dass er uns schützen möge“



**Bettina Rühl**  
ist freie Journalistin und  
recherchiert seit 2003 regel-  
mäßig in Somalia. In der  
Hauptstadt Mogadischu lernte  
sie die Arbeit von DBG kennen.

Goldgelb schimmert das Speiseöl in dem schwarzen Messbecher, sämig läuft es in die große, leere Konservendose. Messbecher für Messbecher wird umgeschöpft, dann geht plötzlich aufgeregtes Geschrei los: „Sie hat genug!“ rufen die Männer und Frauen, die im Kreis um den Kanister mit Speiseöl, den Mann mit dem Messbecher und die Frau mit der ausgedienten Konservendose herumstehen. Die Frau, die vielleicht vierzig Jahre alt ist, hält dem Mann die Konservendose hin, damit er ihre Ration Speiseöl hineinfüllt. Sie lebt in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, im Martini-Hospital, einem Heim für kriegsversehrte Veteranen und deren Familien.

Die Menschen hier bekommen zum ersten Mal seit vielen Monaten wieder Hilfe – Hilfe, auf die sie zum Überleben angewiesen sind. Denn in Somalia herrscht seit rund zwanzig Jahren Krieg; die Wirtschaft ist längst zusammengebrochen. In den letzten Monaten waren die Kämpfe in der Hauptstadt Mogadischu besonders heftig. „Deshalb konnten wir ihnen keine Hilfsgüter bringen“, sagt Abukar Sheikh Ali, „selbst für uns Helfer war der Weg hierher viel zu gefährlich“. Abukar Sheikh Ali ist Direktor der somalischen Hilfsorganisation „Daryeel Bulsho Guud“, kurz DBG. Auf Deutsch heißt das „Hilfe für Alle“. Doch oft können die Helfer beim besten Willen nichts für die Menschen tun, von deren Not sie wissen. „Selbst als Hilfsorganisation können wir uns in Mogadischu nur ganz eingeschränkt bewe-

gen“, erklärt Abukar Sheikh Ali. In den vergangenen drei Jahren sei die Arbeit immer gefährlicher geworden

### Nothilfe unter schwersten Bedingungen

Jahrelang kam DBG regelmäßig ins Martini-Hospital, brachte Lebensmittel, Rollstühle, Matratzen, Moskitonetze, Medikamente und andere Hilfsgüter. Doch seit Anfang 2007 gibt es immer wieder Unterbrechungen. Zwischenzeitlich musste das Management von DBG Mogadischu sogar verlassen und nach Hargeisa ausweichen, die Hauptstadt der relativ friedlichen Republik Somaliland im Norden von Somalia. Die „field officer“ der Organisation blieben selbst dann noch vor Ort – diejenigen also, die vor Ort konkret helfen. Sie verteilen

Wasser, Lebensmittel und andere Hilfsgüter im Martini-Hospital, in den Lagern der Vertriebenen am Rande der Hauptstadt und an andere Bedürftige. Außerdem wird beispielsweise das Madina-Krankenhaus von Mogadischu mit medizinischem Verbrauchsmaterial unterstützt.

Das alles ist viel und doch nur ein Bruchteil dessen, was nötig wäre. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind 3,6 Millionen Menschen in Somalia auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, jedes fünfte Kind ist akut mangelernährt. Allein in den Lagern der Vertriebenen rund um Mogadischu benötigen 1,2 Millionen Menschen dringend Hilfe, um überleben zu können. Sie brauchen sauberes Trinkwasser, Lebensmittel, Medikamente, wetterfeste Unterkünfte und andere Hilfsgüter wie Moskitonetze, Wasserkanister oder Kochgeschirr. Landesweit sind es fast drei Mal so viele, rund die Hälfte der Bevölkerung. Doch die Menschen sind in ihrer Not meist sich selbst überlassen: Weil ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekidnappt und getötet wurden, haben fast alle ausländischen Helfer das Land längst verlassen. Ahmedou Ould-Abdallah spricht von einer „humanitären Katastrophe“ in Somalia. Er ist der Sondergesandte der Vereinten Nationen für das Land im Osten Afrikas. „Die Krise dort ist die schwerste auf dem afrikanischen Kontinent“, sagt Ould-Abdallah. Die Hilfe bleibe weit hinter dem zurück, was nötig wäre.

### Mordanschläge und Entführungen

Die einzigen, die überhaupt noch etwas tun können, sind die somalischen Helfer. Doch selbst die sind nicht sicher, betont Abukar Sheikh Ali noch einmal. Allein 2008 wurden 37 humanitäre Helfer getötet und rund 30 Direktoren von humanitären Organisationen entführt. Unter den Toten ist der ehemalige stellvertretende Direktor von DBG, Mohamoud Mohamed Kheire, von allen „MMK“ genannt. Er wurde am 11. Juli 2008 getötet, als er gerade die rituellen Waschungen vor dem Freitagsgebet vollzog. Nur wenige Stunden vorher hatte DBG bereits einen Mitarbeiter durch einen Mordanschlag verloren – er war, ähnlich wie MMK, regelrecht exekutiert worden.

„Damals standen wir wirklich unter Schock“, erzählt Sharifa Omar Abukar, die Direktorin der DBG Verwaltung. „Aber nach einer Weile dachten wir: Wir leben halt in einem schwierigen Land. Wir bitten Gott, dass er uns schützen möge.“ Das Leben im Ausland ist für die

junge Frau keine Alternative. „Dort stünden wir als Flüchtlinge und ohne alles da. Hier können wir helfen.“

Doch auch in Mogadischu ist DBG manchmal regelrecht auf der Flucht. Die Organisation musste immer wieder umziehen, weil sich die Lage in bestimmten Stadtvierteln zuspitzte. Zwei Mal wurde der Sitz von DBG direkt angegriffen, das Gebäude ein Mal sogar völlig zerstört. Bei diesen Angriffen starben zwei Mitarbeiter. Mehrere Sicherheitskräfte wurden getötet und verletzt. Wer hinter solchen Überfällen steckt, bleibt meistens unklar. An polizeiliche Ermittlungen oder eine funktionierende Justiz ist nicht einmal im Ansatz zu denken. Bei einem Mord gibt es daher meist mehrere mögliche Täter: Vielleicht wird ein Helfer aus privater Rache getötet, vielleicht von Kriminellen, vielleicht von Soldaten, vielleicht aber auch von bewaffneten Islamisten. Staatliche Strukturen, die Sicherheit oder Recht und Ordnung garantieren könnten, gibt es nicht. Die international gestützte Übergangsregierung unter Präsident Sharif Sheikh Ahmed ist ganz mit dem Kampf um das eigene Überleben beschäftigt. Ihre Gegner gehören zur bewaffneten und radikal-islamischen Opposition, die weite Teile des Landes in ihrer Gewalt hat. Die radikalste dieser Untergrundgruppen ist „Al Shabaab“, deren Führer zum Teil mit dem Terrornetzwerk Al Qaida in Verbindung stehen sollen.

Sharifa Omar Abukar geht davon aus, dass die Mörder der humanitären Helfer häufig zum islamistischen Untergrund gehören. „Die Islamisten glauben nicht, dass wir wirklich nur helfen wollen“, meint sie. Denn die Mitarbeiter von humanitären Organisationen, die Geld aus dem Ausland bekommen, gelten wegen ihrer Kontakte schnell als „Ungläubige“ oder sogar als Spione westlicher Militärs. Auch DBG macht sich in diesem Sinne verdächtig: Die Organisation bekommt ihr Geld vor allem aus Deutschland, in erster Linie von der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Schwesterorganisation „Brot für die Welt“, aber auch von Caritas international, dem kirchlichen Netzwerk ACT, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

### (Über)Lebensmittel für die Flüchtlingslager

Dass er sein Leben aufs Spiel setzt, indem er anderen hilft, weiß auch Mohamed Abdullahi Mohamud, ein „project officer“ von DBG. „Aber



Tanklaster versorgen Flüchtlinge mit Trinkwasser

im Alltag empfinden wir die Angst nicht so“, sagt er. „Denn wir sind davon überzeugt, dass wir das Richtige tun: Wir helfen Menschen in Not.“ Mohamed Abdullahi Mohamud ist einer der wenigen humanitären Helfer, die sich noch in die Lager der Vertriebenen am Rande von Mogadischu wagen – das Gebiet wird von radikalen Islamisten kontrolliert. Doch auch er muss arbeiten, als täte er etwas Verbotenes oder Schlechtes. „Wir schicken die Fahrer mit den LKW alleine los, und zwar noch in der Nacht, kurz vor dem Morgengrauen. Wenn die Sonne aufgeht, ist die Hilfe schon verteilt, und unsere Fahrer sind längst wieder weg.“

Zwei Mal in der Woche lässt DBG Lebensmittel in den Lagern verteilen. Die Tankwagen mit Trinkwasser fahren sogar täglich. Im Laufe des Tages fährt Mohamed Abdullahi Mohamud möglichst unauffällig hinterher um zu prüfen, ob die Hilfsgüter richtig angekommen sind.

Dabei vermeidet er alles, was ihn als Helfer verraten könnte: Er fährt mit dem Sammeltaxi statt mit einem Auto von DBG, und natürlich trägt er kein Logo seiner Organisation. Außerdem wechselt er möglichst oft seine Wege und seine Strategie, denn sobald seine Schritte berechenbar werden, kann ihn jemand in einen Hinterhalt locken.

Auch die anderen Helfer von DBG arbeiten so. Natürlich ist die Reichweite der Organisation auf diese Weise geringer, als sie unter anderen Umständen wäre. Und natürlich ist es in einer solchen Lage nur sehr schwer zu kontrollieren, ob alle Hilfsgüter dort ankomen,

wo sie ankommen sollen. Das gilt für die DBG-Mitarbeiter vor Ort, aber auch für den Vorstand der Hilfsorganisation. Doch je schwieriger die Situation, desto wichtiger die Hilfe. Mohamed Abdullahi Mohamud denkt deshalb trotz aller Gefahren nicht daran, Somalia zu verlassen. Er sieht in dem, was er tut, eine menschliche Pflicht. „Wenn wir deswegen getötet werden, müssen wir das in Kauf nehmen.“ Um das zu verhindern, bietet die Diakonie Katastrophenhilfe Sicherheitstrainings an und stattet seine Partner mit einer entsprechenden Ausrüstung aus. Und dennoch: Am Ende tragen die Helfer das Risiko allein. ■

Bettina Rühl

■ Früher waren wir normale Zivilisten und haben unseren täglichen Kampf ums Überleben geführt. Jetzt leben wir in Lagern ohne Nahrung und Wasser und in einer schmutzigen Umgebung. Wir haben weder ein Einkommen noch irgendeine Beschäftigungsmöglichkeit. Durch den andauernden Krieg sind nur wenige der Hilfsorganisationen übriggeblieben, die uns anfangs geholfen haben. Seit Oktober 2008 ist alles noch schlimmer geworden und die meisten internationalen Organisationen haben das Land aus Sicherheitsgründen verlassen. Die wenigen, die dageblieben sind, sind nicht in der Lage, eine solche riesige Menge an humanitärem Bedarf zu decken. Seit wir hier im Lager sind, haben wir von DBG in den letzten zwei Jahren unterschiedliche Hilfe bekommen. Wenn wir die nicht bekommen hätten, würden meine Familie und ich unter irgendeinem Baum verhungern.

**Halimo Sheikh**, 39, Hausfrau, verheiratet, fünf Kinder, Godey Camp, Somalia

■ Ich bin in Mogadischu geboren und habe hier mein ganzes Leben gelebt. Bevor die Regierung 1991 auseinanderbrach führten wir ein gutes Leben. Ich war selbständig und konnte mit meinem Einkommen meine Familie ernähren. Aber seitdem gibt es keinen Ort, den ich als Zuhause bezeichnen würde. Meine Frau, meine Kinder und ich sind aus Sicherheitsgründen von einem Lager zum anderen gezogen. Wir haben keine Nahrungsmittel und kein Wasser. Ich habe viele vor Hunger sterben sehen, sogar Verwandte von mir. Als die Äthiopier im Februar 2009 Mogadischu verlassen haben, hatten wir überhaupt nichts mehr zu essen. Keine Hilfsorganisation bot in unserem Lager Hilfe an. Meine Frau und ich mussten uns Nahrungsmittel borgen, und wenn wir Pech hatten, mussten wir zwei Tage lang hungrig einschlafen. Wir danken DGB dafür, dass sie unsere Familie mit Nahrungsmitteln versorgt. Wenn es möglich wäre: Wasser wäre dringend notwendig in unserem Lager.

**Ali Jimale**, 52, Arzt, verheiratet, sieben Kinder, Aiyale Flüchtlingslager, Somalia

## Flüchtlinge und Vertriebene

Etwa 42 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. 16 Millionen mussten ihr Heimatland verlassen und leben im Ausland. Internationale Abkommen gewähren ihnen den Status von Flüchtlingen. Im Aufnahmeland erhalten sie in der Regel Nahrung und Unterkunft. Viel schwieriger ist meist die Situation der 26 Millionen sogenannten Binnenvertriebenen. Sie sind innerhalb ihres Landes auf der Flucht und erhalten nur selten Unterstützung.

Viele Flüchtlinge und Vertriebene leben in Zeltlagern, die ihnen eine vorübergehende Unterkunft bieten. Dauerkonflikte und fehlende Sicherheit wie beispielsweise im Irak, Somalia oder Kolumbien machen die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat oft zunichte. Aus der Übergangslösung wird ein Dauerzustand, aus einer dringend benötigten vorübergehenden Hilfe eine langjährige Abhängigkeit. Nur zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene konnten 2008 in ihre Heimat zurückkehren.

## Somalia

Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 befindet sich Somalia in einem Kriegszustand. Staatliche Strukturen sind zerfallen. Besonders in den letzten drei Jahren ist die Gewalt immer wieder von Neuem eskaliert. Islamistische Milizen und Rebellen kämpfen gegen die Truppen der somalischen Zentralregierung, die von der Afrikanischen Union unterstützt wird, um die Vorherrschaft im Land.

Rund 1,5 Million Menschen sind auf der Flucht. Viele von ihnen campieren unter freiem Himmel in Flüchtlingslagern entlang den Ausfallstraßen der Hauptstadt Mogadischu. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit von DBG.

3,6 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der somalischen Bevölkerung, benötigen nach Schätzung der Vereinten Nationen Nahrungsmittelhilfe von außen. Jedes fünfte Kind ist mangelernährt. Verschärft wird die Versorgungskrise durch den wirtschaftlichen Niedergang und anhaltende Dürreperioden. Durch den Krieg ist ein Großteil der Schulen und Gesundheitseinrichtungen zerstört. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf humanitäre Organisationen, weshalb viele internationale Hilfswerke das Land verlassen haben. Die einheimische DBG ist eine der ganz wenigen Organisationen, die in Somalia noch tätig sind.

## Projekte

### Überleben von Vertriebenen sichern

3.750 vertriebene Familien erhalten in 14 Lagern ergänzende Nahrungsmittel, die den Bedarf für sechs Monate decken. Die Ration für eine durchschnittliche Familiengröße von sechs Personen umfasst 40 Kilo Reis und Bohnen und 20 Liter Öl. Ein zweites Projekt versorgt 1.903 Familien in 20 Lagern und 97 Familien einer Behinderteneinrichtung im Stadtgebiet von Mogadischu mit Nahrungsmitteln. Im Rahmen des kirchlichen Netzwerks ACT sichert die Diakonie Katastrophenhilfe die Ernährung von rund 1.500 Familien. Ebenso wichtig ist die Trinkwasserversorgung. Tanklastwagen beliefern täglich 20 Flüchtlingslager. Jede der 4.800 Familien erhält eine Tagesration von 100 Litern. Pro Kopf sind das rund 16 Liter Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen. 536 besonders bedürftige Familien erhalten Baumaterial wie Wellblech, Holzpfähle, Nägel und Werkzeug, um sich stabilere Unterkünfte zu bauen. Bei einer Rückkehr in die Heimat kann das Material für die Reparatur der zerstörten Häuser verwendet werden. In einem anderen Projekt erhalten rund 2.000 Flüchtlingsfamilien je eine Plastikplane zum Schutz vor der Witterung und ein Moskitonetz gegen die Malariaefahr.

■ **Betrag: 3.500.000 Euro** (2009-2010)

**Finanzierung:** Spenden, Auswärtiges Amt und BMZ

### Wiederherstellung von Infrastruktur

In mehreren Flüchtlingslagern wurden 2008 zehn provisorische Schulen errichtet. Der Unterricht gibt den Kindern ein Stück Normalität zurück und erhöht ihre Chancen auf ein eigenständiges Leben. In Zusammenarbeit mit dem Difäm hat die Diakonie Katastrophenhilfe 2009 fünf Krankenhäuser mit wichtigen Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial ausgestattet. Rund 12.000 Patienten im Einzugsgebiet der Krankenhäuser konnten so ambulant und stationär behandelt werden.

■ **Betrag: 550.000 Euro** (2008-2009)

**Finanzierung:** Spenden und BMZ



Kinderschutzimpfung in der Gesundheitsstation von Rumbek

## Perspektiven schaffen



Jörg Jenrich  
arbeitet als Redakteur in  
der Öffentlichkeitsabteilung  
der Ökumenischen Diakonie

Das Ende eines Krieges bedeutet für die Menschen in den Konfliktregionen noch längst kein Ende von Gewalt und Terror. Meist fehlt es an Stabilität und Sicherheit; der Zusammenbruch von staatlichen Strukturen führt oft zu einem Vakuum, in dem unterschiedliche Interessensgruppen um die Macht kämpfen. Zwischen den Fronten befindet sich die Zivilbevölkerung, deren tagtäglicher Kampf ums Überleben kaum Raum lässt für die Entwicklung einer eigenen Lebensperspektive.

Im Januar 2005 haben die Zentralregierung im Sudan und die südsudanesishe Volksbefreiungsbewegung (Sudan People's Liberation Movement/Army - SPLM/A) ein Friedensabkommen geschlossen. Nach 21 Jahren Bürgerkrieg war die Infrastruktur im Süden des Landes nahezu vollständig zerstört. Es gab kaum noch Schulen oder Gesundheitseinrichtungen. Verschärft wurde die Situation durch die allmähliche Rückkehr Hunderttausender von Flüchtlingen und Vertriebenen. Auf Jahre hinaus wird die südsudanesishe Verwaltung auf die Unterstützung durch das Ausland angewiesen sein.

### „Wir tun alles, um zu helfen“

Die Diakonie Katastrophenhilfe betreibt seit 1998 in den Bezirken Rumbek und Cueibet

ein Basisgesundheitsprogramm, das mittlerweile zehn Gesundheitseinrichtungen umfasst. Die Gesundheitsstationen betreuen mehr als eine halbe Million Menschen. Oft sind die Einrichtungen die einzige Möglichkeit, eine medizinische Versorgung zu bekommen. „Viele legen sehr weite Wege zurück, um zu uns zu kommen“, sagt Dr. Elias Senbeto, Projektleiter der Diakonie Katastrophenhilfe im südsudanesischen Rumbek. „Deshalb tun wir alles, um ihnen zu helfen“.

Ziel des Programms ist es, die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsrate der Bevölkerung deutlich zu senken. Denn der Südsudan weist weltweit eine der höchsten Sterblichkeitsraten bei Kindern und Müttern auf. Bereits leicht zu behandelnde Krankheiten können wegen der schlechten Ernährungssituation und mangelhafter Hygiene zum Tod führen.

### In eine bessere Zukunft investieren

Investiert wird in den Ausbau und die Wiederherstellung von Gesundheitseinrichtungen und in die Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die medizinische Versorgung von Schwangeren und Müttern, von Kindern unter fünf Jahren und der Kampf gegen Malaria. Für die Gesundheitsversorgung stellt die Diakonie Katastrophenhilfe den Gesundheitsstationen Arzneimittel und medizinisches Material bereit. Einfache Laborgeräte verbessern die Diagnosemöglichkeiten.

Enorm wichtig ist die Aus- und Fortbildung von sudanesischem Gesundheitspersonal. So fehlt es beispielsweise an einheimischen Hebammen. 2010 wurde eine wichtige Etappe des Programms erreicht: Eine sudanesische Partnerorganisation übernimmt schrittweise die Verantwortung und führt das Programm selbstständig mit eigenem Personal weiter. Auch wenn die finanzielle Abhängigkeit auf absehbare Zeit bestehen bleiben wird – ein erster großer Schritt zu mehr Eigenständigkeit ist getan.



Die Ausbildung von einheimischem Personal hat große Priorität

## Sudan

Im Januar 2005 unterzeichneten die Sudanesische Zentralregierung und die Sudan People's Liberation Movement/-Army (SPLM/A) ein Friedensabkommen. Bis sich der Frieden jedoch für die Bevölkerung auswirkt, werden noch Jahre vergehen, in denen der Südsudan auf massive internationale Unterstützung zum Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur angewiesen sein wird.

Auch politisch ist die Region noch weit von einer tragfähigen Stabilität entfernt. Für den Aufbau des Südsudan ist es einerseits notwendig, dass Vertriebene und Flüchtlinge zurückkehren, weil es in allen Bereichen an Fachkräften mangelt. Andererseits verschärfen die Rückkehrer die Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln.

Das größte Problem besteht jedoch in der unzureichenden Infrastruktur. Ein tragfähiges Gesundheitssystem ist im Südsudan nach wie vor nicht vorhanden.

## Projekte

### Basisgesundheitsversorgung

Die Diakonie Katastrophenhilfe betreibt seit 1998 ein Basisgesundheitsprogramm mit zehn Gesundheitseinrichtungen, die mit den notwendigen Medikamenten, medizinischem Verbrauchsmaterial, medizinischem Kleingerät und Labormaterial ausgestattet werden. Im Projektgebiet leben etwa eine halbe Million Menschen. 2008 wurden mehr als 145.000 Patienten behandelt und mehr als 11.000 Entbindungen durchgeführt. Die fachliche Begleitung des Programms erfolgt durch das Deutsche Institut für ärztliche Mission (Difäm).

■ Betrag: 650.000 Euro (2009)

Finanzierung: Spenden

### Hebammenausbildung und Weiterbildung

Um die Gesundheit und Risiken von Müttern und Kindern zu verbessern, werden die Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe ausgebaut. Die Ausbildung von einheimischen qualifizierten Hebammen nimmt eine Schlüsselrolle ein. 50 Pflegekräfte nehmen an dreitägigen Fortbildungen zu wichtigen Gesundheitsthemen teil.

■ Betrag: 49.600 Euro (2009)

Finanzierung: Difäm



Station für krebskranke Kinder in Basra

**Ein Neuanfang ist geschafft**

Sabre Shaba Hana hatte eine gut gehende Elektroinstallationsfirma in Mosul. Doch im September 2008 erhielt er eine Todesdrohung. Der 47-jährige gelernte Ingenieur beschloss, mit seiner Frau, seinen drei Kindern und der 80 Jahre alten Großmutter Mosul zu verlassen. Gleich nach der Flucht überfielen Plünderer das Elektrogeschäft und raubten es aus. Das Haus der Familie steht zwar noch, ein Verkauf ist aber nicht möglich. Die Terroristen drohen jeden zu töten, der ein Haus von Christen oder anderen Minderheiten kauft.



Die Familie floh nach Karmles, einem kleinen Dorf im Nordirak. Dort eröffnete Sabre Shaba Hana mit Unterstützung von CAPNI ein kleines Elektrogeschäft.

Er macht Elektroinstallationen für die über 500 Haushalte und weiß, wie wichtig eine gegenseitige Hilfe

für das Zusammenleben ist. Von anderen Flüchtlingsfamilien verlangt er nur wenig Geld für seine Arbeit. Manchmal arbeitet er sogar umsonst. Sabre Shaba Hana ist froh, einen Neuanfang geschafft zu haben und mit seinem bescheidenen Einkommen seine Familie ernähren zu können.

**Nicht nur für christliche Familien**

Viele kleine Schritte zu mehr Eigenständigkeit gehen Menschen im Nordirak dank der Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe. Nach Beendigung des Krieges im Jahre 2003 ist der Irak noch weit entfernt von einem friedlichen Miteinander der unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. Terror und Gewalt, religiöser Fanatismus, Instabilität und wirtschaftlicher Niedergang machen die Lebensbedingungen für die Bevölkerung extrem schwierig. Millionen von Menschen haben in den letzten Jahren ihre Heimat verlassen.

Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt mit ihrer Partnerorganisation Christian Aid Program Nohadra Iraq (CAPNI) Familien im Nordirak, die vor Terror und Verfolgung fliehen mussten. CAPNI hilft diesen Familien, sich dauerhaft niederzulassen und in naher Zukunft wieder selbst versorgen zu können. Die Unterstützung ist vielseitig: eine Milchkuh ermöglicht bedürftigen Familien ein kleines Einkommen und verbessert deren Ernährungssituation. Gewächshäuser für den Obst- und Gemüseanbau, die Ausrüstung für eine Imkerei, die Instandsetzung von Bewässerungsanlagen – all dies gibt den Menschen eine Perspektive für ihre Zukunft.

Starthilfe für einen Kleinbetrieb und eine begleitende Beratung ermöglichen den Flüchtlingen nach Jahren der Unsicherheit und Verfolgung einen Neuanfang. Ausdrücklich richtet sich das Angebot von CAPNI nicht nur an christliche Familien. Denn nur wenn es gelingt, ethnische Vorbehalte abzubauen und religiöse Toleranz zu leben, wird es für die Menschen im Nordirak eine friedliche Zukunft geben. ■

Jörg Jenrich

**Irak**

Terror und Gewalt, religiös motivierte Auseinandersetzungen und Verfolgung prägen noch immer den Alltag. Mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 65 Prozent und einer hohen Inflationsrate bleiben die Lebensbedingungen vieler irakischer Familien extrem schwierig. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind über ein Drittel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Wegen der anhaltenden Gewalt im Land kommt der Wiederaufbau der Infrastruktur, einschließlich des Gesundheitssystems, nur langsam voran. Rund 4,4 Millionen Menschen sind seit 2003 aus ihrer Heimat geflüchtet und kehren inzwischen zurück.

Der Nordirak war einst von einer großen ethnischen und religiösen Vielfalt geprägt. Saddam Husseins Arabisierungspolitik hat das friedliche Zusammenleben jedoch zerstört. Kurden und Turkomanen wurden vertrieben und loyale arabische Volksgruppen angesiedelt. Die christliche Minderheit im Nordirak war von der systematischen Arabisierung ebenfalls betroffen. Viele mussten ihre Heimat verlassen oder gerieten zwischen die Fronten der kurdischen Peshmerga und der irakischen Armee. Christen aus den ländlichen Regionen suchten Zuflucht in den großen Städten. Doch heute ist die Sicherheitslage dort so prekär, dass viele wieder aufs Land zurückkehren. Die meisten Vertriebenen und Rückkehrer kommen entweder bei Gastfamilien unter oder in leer stehenden Gebäuden. Weil es in den verfallenen Dörfern aber keine ausreichende Infrastruktur gibt, stehen die Familien zunächst vor dem Nichts. Es fehlt an Einkommensmöglichkeiten, ausreichenden Nahrungsmitteln, angemessenen Wohnverhältnissen, Bildungseinrichtungen und einer medizinischen Versorgung.



Bau eines Gewächshauses

**Projekte**

**Medikamentennothilfe**

Seit 2003 trägt die Diakonie Katastrophenhilfe mit der Medikamentennothilfe für die Mutter-Kind-Klinik in Basra und das Allgemeinkrankenhaus in Qurna dazu bei, die medizinische Versorgung in der Provinz Basra sicherzustellen. Als einzige Einrichtung in der Region verfügt die Klinik über eine Abteilung für Neugeborenenmedizin und eine Kinderkrebstation. Die Hilfslieferungen enthalten Basismedikamente, medizinisches Verbrauchsmaterial und Kleingerät sowie Spezialmedikamente zur Krebsbehandlung, die in Zusammenarbeit mit dem Difäm zusammengestellt und geliefert werden.

■ Betrag: 414.000 Euro (2008-2009)

Finanzierung: Auswärtiges Amt und Spenden

**Unterstützung von intern Vertriebenen**

Im Nordirak erhalten vertriebene Familien und Rückkehrer Hilfe beim Neuanfang. Das Programm trägt dazu bei, die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen und den Familien durch den Aufbau von Werkstätten oder Kleinbetrieben neue Einkommensmöglichkeiten für eröffnen.

■ Betrag: 253.000 Euro (2008-2009)

Finanzierung: Spenden

**Unterstützung von Kriegsverletzten und Menschen mit Behinderung**

Etwa 1.500 Kriegsverletzte und Menschen mit Behinderung erhalten medizinische Behandlung und Hilfsmittel. Weitere 6.900 Hilfsbedürftige mit Behinderung und deren Familien erhalten dringend benötigte Unterstützung wie Decken, Hygieneartikel und Heizöfen.

■ Betrag: 50.000 Euro (2009)

Finanzierung: Spenden



Eine Schule in Cauca hat sich zur humanitären Zone erklärt

## Die verlorene Generation kennt keinen Frieden



**Tommy Ramm**  
war zehn Jahre als freier Journalist in Kolumbien tätig. Seit 2009 arbeitet er für das Regionalbüro der Diakonie Katastrophenhilfe in Bogotá.

Der jahrzehntelange bewaffnete Konflikt in Kolumbien geht unvermindert weiter. Immer wieder gerät die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten von Armee, paramilitärischen Gruppen und Guerilla. Sie leidet unter Vertreibungen, Landminen, Zwangsrekrutierungen, Überfällen und Mordanschlägen. Besonders Kinder und Jugendliche sind Opfer der Auseinandersetzungen. Sie werden ihrer Kindheit beraubt und um ihre Zukunftschancen gebracht. In Kolumbien nennt man sie die „verlorene Generation“ des Krieges.

Bei der Nichtregierungsorganisation Benposta habe er die Chance bekommen, wieder regelmäßig zur Schule zu gehen, erzählt Camilo Maecha. Statt mit seinem Vater von Ort zu Ort zu ziehen und als Tagelöhner zu schuften, erkannte er für sich Perspektiven, die es für einen Jungen auf dem Land zuvor nicht gegeben habe. Ein regelmäßiger Schulunterricht sei die Ausnahme gewesen, Analphabetismus war üblich. Camilo lehnt im Schatten eines alten Traktor-Anhängers und erzählt von seiner Kindheit. Er ist mittlerweile 43 Jahre alt, 30 davon hat er bei Benposta verbracht: erst als Klient, später als psychologischer Mitarbeiter der Organisation, die sich um bedrohte Kinder kümmert.

Die Bedrohung hat für Kinder und Jugendliche viele Gesichter. So werden nach Schätzung von Fachleuten weit mehr als 10.000

Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht. Benposta, die seit mehreren Jahren mit Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe in der Provinz Meta arbeitet, hat Maßnahmen entwickelt, um Jugendliche vor Rekrutierungsversuchen durch bewaffnete Gruppen zu schützen. Besonders gefährdete Jugendliche kommen in einer Einrichtung unter, wo sie vor den Anwerbungsversuchen sicher sind. In einer eigenen Schule holen die Kinder verlorenes Wissen auf, um später einen Abschluss machen zu können.

### Lernen, Rekrutierungsversuchen zu widerstehen

Manche Jugendliche leiden unter traumatischen Erlebnissen, die unter fachlicher Begleitung aufgearbeitet werden müssen. Gleichzeitig lernen sie Strategien anzuwenden, die ihnen

helfen, in Zukunft Rekrutierungsversuchen zu widerstehen. „Die meisten Jugendlichen gehen nach ihrem Aufenthalt nicht mehr in ihre Dörfer zurück, da sie plötzlich Dinge sehen und verstehen, die sie vorher nicht wahrgenommen haben“, erklärt Camilo.

Camilo hat in seinem Land nie den Frieden erleben dürfen. Seit fast 45 Jahren herrscht ein blutiger Krieg zwischen Guerillas, paramilitärischen Gruppen und der Armee. Die Bevölkerung in den Kriegsgebieten wird von der jeweiligen Konfliktpartei verdächtigt, die Gegenseite zu unterstützen. Oder sie steht den wirtschaftlichen Interessen von Großgrundbesitzern im Wege. Durch die andauernde massive und gewalttätige Bedrohung sehen viele keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen. Mehr als vier Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer gelten mittlerweile als intern Vertriebene. Für die meisten endet die Hoffnung, sich eine neue Existenz aufbauen zu können, in den Armenvierteln der Großstädte.

### Bedrohung geht nach den Kampfhandlungen weiter

In den letzten Jahren hat sich der militärische Konflikt in der Provinz Cauca verschärft. In der bergigen Region mit vielen indigenen Gemeinden gehören Gefechte und Scharmützel zur Tagesordnung. Nach den Kampfhandlungen bleiben Blindgänger zurück. Oft werden aber auch Landminen gelegt. „Das ist die größte Gefahr für die Kinder hier“, erklärt Jorge Bastidas von der Partnerorganisation „Tierra de Paz“, die sich mit Unterstützung der Diakonie Katastrophenhilfe um Kinder kümmert. Nach Angabe von Jorge Bastidas kam es in den letzten Jahren zu 370 Vorfällen mit Minen oder Blindgängern. Vor allem die Zivilbevölkerung – insbesondere Kinder – war davon betroffen.

Meist fehlt es an Wissen über die lauern den Gefahren. Deshalb bildet „Tierra de Paz“ Lehrkräfte an ländlichen Schulen aus, damit sie

die Kinder informieren können. Mehr als 13.000 Schülerinnen und Schüler wurden mittlerweile über die Risiken aufgeklärt. Sie wissen nun zum Beispiel, dass sie keine seltenen Gegenstände am Wegesrand berühren dürfen. Informationen über Gefahrenstellen in der Region werden gesammelt und in Risikokarten eingezeichnet. So wissen alle Bescheid und können gemeinsam für die jeweiligen Gegebenheiten nach Lösungswegen suchen. Außerdem werden in den Schulen Schutzräume ausgewiesen, in denen die Schülerinnen und Schüler bei Gefechten am sichersten sind. Einzäunungen und Hinweistafeln sollen den kämpfenden Gruppen deutlich machen, dass die Schule ein humanitärer Raum ist, der respektiert werden muss. „Das klappt nicht immer“, bedauert Jorge Bastidas, aber mehrfach hätten es die Kinder schon geschafft, die Bewaffneten zum Verlassen des Schulgeländes zu bewegen. ■

Tommy Ramm



### Der Tod lauert im Verborgenen

Von 1990 bis September 2009 gab es in Kolumbien nach offiziellen Angaben 8.034 Opfer von Landminen und Blindgängern. 65 Prozent der Opfer waren Angehörige von Armee oder Polizei, 35 Prozent waren Zivilisten. Rund jedes fünfte Opfer erlag seinen Verletzungen. 2005 und 2006 hatte Kolumbien erstmals mehr Minenopfer zu beklagen als Afghanistan oder Kambodscha. Die Mehrzahl der Minenopfer sind Erwachsene. Wegen fehlender Aufklärung werden besonders viele Kinder Opfer von Blindgängern.



Das Wissen um die Gefahren von Minen und Blindgängern ist überlebenswichtig

## „Ruhig bleiben und Hilfe rufen“

Der 14-jährige Schüler Rafael Gómez lebt im Norden der Cauca-Provinz. Er berichtet über seine Erfahrungen im Umgang mit Minen und Blindgängern.

### *Was muss man tun, wenn man Blindgänger findet?*

Wir finden sehr oft Munition. Uns wurde beigebracht, zuerst die Stelle zu markieren. Dann muss ein Erwachsener oder eine Person gesucht werden, die sich damit auskennt.

### *Und was macht man im Falle einer Mine?*

Da gab es schon einige Fälle in unserem Ort. Persönlich hat es mich noch nicht betroffen, aber ein Freund von mir hat das mal erlebt. Er stand plötzlich mitten in einem Minenfeld und hat sich überlegt, wie er da rauskommt. Er nahm einen großen Stein, warf ihn ein Stück weit und stellte sich darauf. Das wiederholte er mehrmals. Damit kam er heraus, so wie er es sich ausgedacht hatte.

### *Und wie schätzt du diese Technik ein?*

Das ist natürlich reichlich gefährlich.

### *Warum?*

Weil der Stein auf eine Mine fallen kann, die dann explodieren würde. Der Stein könnte auseinander brechen und die Splitter würden

in alle Richtungen fliegen. Aber diese Technik kann auch gut sein, denn dort wo der Stein hingefallen ist, ohne eine Explosion auszulösen, ist es sicher. Da kann man gefahrlos drauftreten.

### *Was muss man tun, wenn man auf einen Weg trifft, der vermint ist?*

Wenn man bereits mitten im Minenfeld ist, muss man unbedingt über die Stellen herauskommen, die bereits betreten wurden. Oder man bleibt still stehen, wenn man weiß, dass Minen im Weg liegen. Man muss ruhig bleiben und Hilfe rufen.

### *Wie rufst du nach Hilfe?*

Na, mit Schreien!

### *Was wurde dir noch beigebracht?*

In der Schule wurde uns gelehrt, weiße Hemden zu tragen, um nicht mit einem Kämpfer verwechselt zu werden. Wir sollen keine militärähnliche Kleidung verwenden. Außerdem sollen wir immer die am meisten benutzten Wege nehmen, und keine Abkürzungen machen.

## Kolumbien

Seit über 40 Jahren herrscht Bürgerkrieg in Kolumbien, dem drittgrößten Land des lateinamerikanischen Kontinents. An den Kämpfen sind Guerillagruppen, die Armee und illegale paramilitärische Verbände beteiligt. Dahinter stecken nicht nur politische, sondern vor allem auch wirtschaftliche Interessen. Auch der Anbau und der Handel von Drogen sind mitverantwortlich. Oft richtet sich die Gewalt gezielt gegen die Zivilbevölkerung, um diese aus ihrer Heimatregion zu vertreiben. Neben den Vertreibungen kommt es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen vor allem gegenüber der indigenen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten. Besorgniserregend ist die wachsende Zahl von Unfällen mit Antipersonenminen und Blindgängern, denen insbesondere Kinder und Jugendliche zum Opfer fallen.

Die Zivilbevölkerung flieht in andere Regionen des Landes oder in die Armenviertel der großen Städte. Die Zahl der intern Vertriebenen wird auf drei Millionen Menschen geschätzt – weltweit die höchste Zahl nach dem Sudan. Die Hauptstadt Bogotá hat den größten Zulauf. Täglich suchen neue Kriegsflüchtlinge in den rasch wachsenden Armenvierteln an den Stadträndern und den benachbarten Gemeinden Schutz. Die Neuankommenden leiden blanke Not, haben nicht genug zu essen und finden keine Arbeit. Staatliche Hilfe gibt es kaum.

Fast die Hälfte der Vertriebenen ist unter 18 Jahre alt. In ihrer Umgebung stoßen die Kinder häufig auf Ablehnung und Vorurteile, Gewalt und Diskriminierung. Viele besuchen keine Schule und wachsen buchstäblich auf der Straße auf. Insgesamt gehen fast drei Millionen Kinder in Kolumbien nicht zur Schule. Für sie ist die Gefahr besonders groß, von bewaffneten Gruppen rekrutiert oder Opfer von sogenannten „sozialen Säuberungen“ zu werden.

Nach Schätzungen von Human Rights Watch haben die verschiedenen Konfliktparteien in Kolumbien derzeit etwa 14.000 Jungen und Mädchen unter 18 Jahren rekrutiert – ein Viertel aller Kampfbeteiligten.

## Projekte

**Prävention und Schutz von besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen**  
Die Provinz Cauca gehört seit Jahren und mit steigender Tendenz zu den Regionen, die am schwersten vom bewaffneten Konflikt betroffen sind. Immer wieder steht die Bevölkerung aber auch schweren Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben schutzlos gegenüber. Mit gezielten Programmen stärkt die Diakonie Katastrophenhilfe in besonders anfälligen ländlichen Gebieten die Selbsthilfefähigkeit der Gemeinden. 13 Gemeinden arbeiten beispielsweise Risikopläne aus, um sich besser vor Naturkatastrophen und den Folgen von bewaffneten Konflikten zu schützen. Landwirtschaftliche Projekte, die Ernährungs- und Lebenssituation der Bauernfamilien zu verbessern und helfen, die Zeiten zu überstehen, in denen die Gemeinde wegen eines bewaffneten Konflikts von der Außenwelt abgeschnitten ist.

**Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den kriegerischen Konflikten**  
Mehrere Projekte verfolgen das Ziel, Kinder und Jugendliche vor Zwangsrekrutierung und anderen Kriegsgefahren wie Unfällen mit Minen und Blindgängern zu schützen. In den Kriegsgebieten werden in Schulen und anderen Jugendeinrichtungen Notfallpläne entwickelt und Schutzräume geschaffen. Jungen und Mädchen üben im Unterricht ganz praxisnah eine Evakuierung und lernen Fluchtwege kennen. Ebenso wichtig ist die Aufklärung über die Gefahr von Landminen und Blindgängern. Dazu nehmen in der Provinz Cauca insgesamt 1.400 Lehrkräfte an Kursen teil, in denen sie didaktisches Material erstellen, um in ihren Schulen und Gemeinden über Landminen und Blindgängern aufzuklären. Unmittelbar von Zwangsrekrutierung oder Vertreibung bedrohte Kinder in Cauca und Meta können als Internatsschüler in Kinderschutzzentren wie dem Kinderhaus Benposta untergebracht werden. Mitarbeitende sozialer Einrichtungen werden für einen besseren Kinderschutz weitergebildet. Kriegsbedingte Kinder, Jugendliche und deren Familien können psychosoziale Hilfe in Anspruch nehmen. 2009 erhielten über 4.000 Betroffene eine Unterstützung. Gemeinsame sportliche und kulturelle Aktivitäten helfen den traumatisierten Kindern und Jugendlichen, besser mit ihren Erlebnissen von Gewalt, Flucht und Vertreibung umzugehen.

**Verbesserung der Lebensbedingungen für vertriebene Familien**  
Weitere Projekte der Diakonie Katastrophenhilfe haben vor allem die Situation der Vertriebenen in den Randgebieten der großen Städte im Blick. In Bogotá und Umgebung erhalten neu ankommende Vertriebene zur Linderung der unmittelbaren Not Nahrungsmittel und Hilfsgüter wie Kochgeschirr, Decken, Babybekleidung oder Medikamente und bei Bedarf medizinische und psychologische Betreuung oder Rechtsberatung. Im Zentrum der Hilfe steht jedoch die nachhaltige Verbesserung der Ernährungssituation. Bedürftige bekommen in selbst organisierten Gemeinschaftsküchen Mahlzeiten, die mit Proteinzusätzen angereichert sind. Die Einrichtungen dienen gleichzeitig dazu, den Ernährungszustand der Betroffenen zu kontrollieren und über Gesundheitsfragen zu informieren. Das Anlegen von Hausgärten und der Aufbau gemeinschaftlicher Produktionssysteme und Saatgutbanken tragen dazu bei, die Selbstversorgung zu verbessern. Um den Vertriebenen weitere Einkommensquellen zu erschließen, werden berufsbildende Kurse angeboten.

**Finanzierung:** 2009 wurden u.a. Mittel vom BMZ (800.000 Euro), von der Europäischen Kommission (800.000 Euro), der Kanadischen Regierung (317.198 Euro) und den Vereinten Nationen (CERF) zur Verfügung gestellt. Zur Koordinierung der vielfältigen Programme unterhält die Diakonie Katastrophenhilfe ein Regionalbüro in Bogotá, das mit den lokalen Partnerorganisationen zusammenarbeitet.



Flüchtlingsjunge in Kabul vor dem Wrack eines russischen Aufklärungspanzers



Flüchtlingsfamilie in Kabul

## Unsichtbare Kriegswunden

Drei Tage lang durchsuchte Abdul Manati die Trümmer des Nachbarhauses, in dem seine Cousine mit ihren drei Kindern gelebt hatte. Eine Bombe hatte das Gebäude in Schutt und Asche gelegt. Obwohl das Ereignis zwölf Jahre zurück liegt, konnte Abdul Manati bisher noch mit niemandem über dieses furchtbare Ereignis reden. Er muss weinen, als er versucht, das Grauen in Worte zu fassen: der Anblick des kopflosen Oberkörpers des einjährigen Mädchens, die Leichenteile. Nur schwer erträgt Abdul Manati die Gefühle von damals, die ihn beim Erzählen der traumatischen Erlebnisse einholen.

So wie Abdul Manati leiden Hunderttausende in Afghanistan unter den grauenhaften Erlebnissen, den Folgen von Krieg und Terror. Fast scheint es, als ob eine ganze Nation traumatisiert ist. So schätzt das afghanische Gesundheitsministerium, dass zwei Drittel der Bevölkerung psychische Probleme haben. Die Weltgesundheitsorganisation nennt eine ähnlich große Anzahl von Menschen, die von einer psychischen Störung betroffen sind oder an psychosozialen Problemen und ihren Folgen leiden.

Und die Spirale dreht sich immer weiter: Von Kriegserlebnissen traumatisierte Männer werden gegenüber ihren Frauen und Kindern gewalttätig oder suchen in radikalislamischen Strukturen nach einer vermeintlichen Lösung ihrer Probleme. Zu Gewalt und Terror kommen extreme Armut, eine hohe Arbeits-

losigkeit und die anhaltende Wirtschaftskrise. Viele sind nicht mehr in der Lage, für sich und ihre Familien zu sorgen. Andere erliegen der Sucht nach Drogen. Allein in Kabul wird die Zahl der Drogenabhängigen auf 65.000 geschätzt.

Obwohl der Bedarf an psychischer Beratung und Behandlung gewaltig ist, gibt es kaum Angebote für die betroffene Bevölkerung. Eine einzige psychiatrische Klinik mit einer Kapazität von etwa 60 Betten gibt es in Kabul. Es fehlt an qualifiziertem Personal und Therapiemöglichkeiten.

Ein kleiner Lichtblick sind die Beratungszentren der Diakonie Katastrophenhilfe und des katholischen Hilfswerks Caritas international, die gemeinsam mit einer afghanischen Nichtregierungsorganisation betrieben werden.

troffenen können in den Zentren ihre Gewalterfahrungen verarbeiten und eine neue Lebensperspektive entwickeln. Das stärkt ihre Fähigkeit, wieder für sich und ihre Familien zu sorgen, aber auch sich gesellschaftlich, politisch oder wirtschaftlich für eine Verbesserung der Lebenssituation einzusetzen. Damit leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für ein friedvolles, gesellschaftliches Zusammenleben.

Auch Abdul Manati ist der Schritt aus der lähmenden Ohnmacht gelungen. Die Erfahrung, seine traumatischen Erlebnisse mit anderen teilen zu können, hat ihn ermutigt, seinen eigenen Weg zu gehen. Im Sommer 2007 schloss er eine Ausbildung als Therapeut ab und arbeitet nun in einem Beratungszentrum, um anderen zu helfen, ihren Weg zurück ins Leben zu finden. ■

Jörg Jenrich

Neben den acht Zentren in Kabul wurde das Angebot in den vergangenen Jahren auf andere Provinzen und ländliche Regionen ausgedehnt. Denn auch dort gibt es großen Bedarf. Wegen des Mangels an Personal werden im Rahmen des gemeinsamen Projektes Fachkräfte ausgebildet und weiterqualifiziert. Fast die Hälfte davon sind Frauen.

Um das Angebot der Zentren bekannt zu machen und auf Behandlungsmöglichkeiten bei psychischen Problemen hinzuweisen, bieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Veranstaltungen an und suchen den Kontakt zu Medien, Behörden, Schulen und Moscheen. Denn die Hürde, eine Beratung anzunehmen, ist sehr hoch, und häufig werden Menschen mit psychischen Problemen als „vom Teufel besessen“ stigmatisiert und ausgegrenzt.

An fünf Tagen in der Woche bieten die Beratungszentren Einzel-, Gruppen- und Familientherapien an. Allein in Kabul werden jeden Monat fast 2.000 Beratungsstunden geleistet. Über 12.000 Menschen haben bisher eine psychosoziale Hilfe gefunden.

Das Beratungsangebot richtet sich insbesondere an kriegstraumatisierte Männer, alleinstehende und damit meist mittellose Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Drogenabhängige. Die Be-



■ „Das Leben in den ländlichen Regionen Afghanistans ist nach wie vor stark von den restriktiven Regeln der traditionellen Gesellschaft geprägt. Die Kontrolle der Männer über ihre Familien ist umfassend. Für Frauen und Kinder bedeutet das oft Bildungsnotstand, Zwangsverheiratung und die häufige Bedrohung durch familiäre Gewalt. Psychosoziale Beratung ist unter diesen Umständen eine schwierige Herausforderung. Deshalb ist die wichtigste Voraussetzung für unsere Arbeit in den Provinzen, dass wir mit denen, die bei uns Hilfe suchen, eine gemeinsame Sprache finden, die sie in ihrer Situation erreicht, ihnen Mut macht, Tabus und Probleme zu erkennen, sie zu benennen, und ihnen das Vertrauen gibt, selbst Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebens nehmen zu können.“

Dr. Fareschta 39, Psychologin und Supervisorin



## Militäreinsätze lösen selten Konflikte

Wenn man den enormen finanziellen Aufwand bedenkt, um mit militärischen Mitteln die politische Lage in Konfliktregionen zu „stabilisieren“, so macht sich rasch Ernüchterung breit. Obwohl die weltweiten Ausgaben für Militäraktionen die Aufwendungen für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung um ein Vielfaches übersteigen, ist das Ergebnis für die betroffene Bevölkerung erbärmlich – eine glatte Fehlinvestition.

In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass durch militärische Interventionen ein Konflikt nur selten mittel- oder langfristig gelöst wird. Die Diakonie Katastrophenhilfe setzt sich deshalb für gewaltfreie Konfliktlösungen mit friedlichen Mitteln ein.

In jüngster Zeit werden Militäreinsätze dadurch gerechtfertigt, dass die Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen sicherer würden. In der Realität ist jedoch meist das Gegenteil der Fall: Die Nähe zum Militär birgt ein hohes Sicherheitsrisiko für das Personal der Hilfsorganisationen. Und die Gefahr ist groß, dass aus einem militärischen Schutz eine militärische Instrumentalisierung wird.

Am stärksten ist jedoch das Risiko, dass Hilfsorganisationen ihre Glaubwürdigkeit verlieren und ihre Rolle als unabhängige und überparteiliche Instanz, die allein dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Wenn aber eine Konfliktpartei die zivile Hilfe als Teil der gegnerischen Militärstrategie betrachtet, wird die Hilfsorganisation unweigerlich in den Konflikt hineingezogen. Das Prinzip, humanitäre Hilfe für alle notleidenden Menschen leisten zu wollen, unabhängig von deren ethischen, religiösen oder politischen Überzeugung, wäre dann nicht mehr zu halten.

In der Gemeinsamen Erklärung des katholischen Hilfswerks Caritas international und der Diakonie Katastrophenhilfe, wird die Bedeutung einer unabhängigen und unparteilichen Hilfe unterstrichen: „In Konfliktregionen legen wir in unseren Hilfsprogrammen strikten Wert auf Unabhängigkeit und Unparteilichkeit gegenüber allen Konfliktparteien, Regierungen, Armeen und Machtgruppen.“ Gerade in Afghanistan bedeutet dies, dass sämtliche Hilfsprogramme in dieser Hinsicht geprüft und fortlaufend beobachtet werden müssen. Nicht politisches Kalkül, sondern allein die Not der Menschen darf Maßstab für die Hilfe sein.



## Afghanistan

Afghanistan ist eines der ärmsten Länder der Welt. Neben Naturkatastrophen wie Erdbeben und Dürre liegen die Ursachen in den seit den 1980er Jahren fast durchgehend andauernden Konflikten: Krieg, Bürgerkrieg und Terror. Die staatlichen Strukturen sind nicht in der Lage, Basisdienstleistungen und Infrastruktur in weiten Teilen des Landes zur Verfügung zu stellen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit unter 50 Jahren weltweit eine der niedrigsten. Die Müttersterblichkeit gehört zu den höchsten.

Das Gesundheitssystem ist noch im Aufbau begriffen. Höchstens zwei Drittel der Bevölkerung haben direkten Zugang zu einer Gesundheitseinrichtung.

Außerhalb der Hauptstadt Kabul ist die Versorgungslage noch schlechter. Es gibt nur wenige Einrichtungen und kaum qualifiziertes Personal für die Behandlung von psychisch erkrankten Menschen.

## Projekte

### Psychosoziale Betreuung von Kriegsoffern

Das Projekt finanziert acht psychologische Beratungszentren in Kabul mit 32 einheimischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die psychosoziale Betreuung von Gewaltopfern qualifiziert sind. Neben Einzeltherapien werden auch Gruppen- oder Familientherapien und Hausbesuche angeboten. Seit 2009 wird das Hilfsangebot auf weitere ländliche Provinzen ausgedehnt. In Herat, Mazar-i-Sharif und Bamyan entstehen zehn Beratungszentren, die rund 9.400 kriegsbetroffene Menschen versorgen können. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aus- und Fortbildung. Gegenwärtig werden 23 weitere Fachkräfte in einem zweijährigen Lehrgang für die psychosoziale Unterstützung erkrankter Menschen ausgebildet.

■ **Betrag: 190.000 Euro** (seit 2007)

**Finanzierung:** Spenden

### Medizinische Nothilfe für Mütter und Kinder

Die Projekte sichern die medizinische Grundversorgung der Mutter- und Kind-Klinik in Kandahar und die medizinische Notversorgung in zehn Gesundheitsstationen in der Provinz Daikundi. Dadurch können die Behandlungsmöglichkeiten und die Gesundheitsversorgung entscheidend verbessert werden.

■ **Betrag: 73.000 Euro** (seit 2007)

**Finanzierung:** Spenden



Minderjähriges Opfer von sexueller Gewalt in einem Waisenhaus in Goma

## Über das Unaussprechbare reden

In den Holzbänken sitzen alte Männer, stillende Mütter und gestandene Familienväter. Der kleine Raum ist bis auf den letzten Platz voll, alle Augenpaare sind nach vorne gerichtet. Dort sitzt Willi Matadi, Kongolese wie sein Publikum, und lässt seine Blicke seinerseits über die Menschen in den Holzbänken wandern. Matadi will mit denen, die gekommen sind, über ein schwieriges Thema sprechen, und jeder der Anwesenden weiß, dass die nächsten Stunden nicht einfach werden.

„Ich danke Euch, dass Ihr gekommen seid“, sagt Matadi, der sein Geld früher als Moderator im Radio verdient hat und deshalb auch in schwierigen Situationen mit Publikum umgehen kann. „Wie ihr wisst, wollen wir heute mit Euch über sexuelle Gewalt und deren Folgen sprechen.“ Noch vor fünf Jahren hätte vermutlich niemand die Worte „sexuelle Gewalt“ öffentlich auch nur in den Mund genommen – geschweige denn, zu einer Versammlung zum Thema geladen. Und hätte doch jemand versucht, die Bevölkerung der Ortschaft Kayna im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo zusammenzutrommeln, um über Vergewaltigungen und deren Folgen zu sprechen – vermutlich wäre niemand gekommen.

Heute ist der Raum voll, und niemand steht auf, als das erste Bild an die Wand projiziert

wird: Die Aufnahme einer Vagina, vielfach vergrößert, von Syphilis schwer befallen. Dann folgen weitere, ähnliche Bilder: Geschlechtsorgane und andere Körperteile, befallen von den Symptomen von HIV, Syphilis und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten.

Unter normalen Umständen wäre so eine Veranstaltung in einem kleinen Dorf im Kongo undenkbar. Doch die Umstände sind nicht normal, sie sind es schon seit 13 Jahren nicht mehr. Denn so lange schon ist im Osten des Kongo Krieg, und in diesem Krieg wenden die unterschiedlichen bewaffneten Gruppen eine besonders grausame Strategie an, um ihre Gegner zu vernichten: Die systematische Vergewaltigung. „Nur deshalb werden heute so viele Frauen brutal vergewaltigt“, erklärt Willi Matadi.

### 500.000 Vergewaltigungsoffer

Die Zahl der Opfer ist kaum abzuschätzen, da viele von ihnen das Verbrechen aus Scham verschweigen. Etliche sterben vermutlich schwerst verletzt irgendwo in den Wäldern ohne dass jemand von ihrem Schicksal erfährt. Außerdem ist es in einer kriegszerstörten Region wie dem Osten des Kongo kaum möglich, eine verlässliche Statistik zu führen. Kongolesische Ärzte, die sich mit dem Thema befassen, schätzen die Zahl der Opfer seit dem Beginn des Krieges auf 500.000. Viele der Überlebenden brauchen jahrelange, medizinische und psychische Behandlung, um die schlimmsten Folgen des Gewaltverbrechens zu lindern. Die Diakonie Katastrophenhilfe und das Auswärtige Amt unterstützen deshalb Projekte, um den Überlebenden sexueller Gewalt zu helfen, und um darüber aufzuklären, dass eine Vergewaltigung eine Straftat ist, die verfolgt werden muss.

### Unter dem Krieg leiden alle

Im Osten des Kongo, in der Region Lubero, arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe dabei mit der kongolesischen Organisation „PAP-RDC“ zusammen. Auf Deutsch und ausgeschrieben bedeutet das Kürzel „Programm zur Unterstützung der Pygmäen im Kongo“. „Früher haben wir uns tatsächlich nur um die Waldbewohner gekümmert“, erklärt der Arzt Jackson Basikania, selbst ein Pygmäe und Direktor von PAP-RDC. „Denn früher waren wir besonders benachteiligt, viele von uns litten Not. Aber unter dem Krieg leiden jetzt alle.“ Deshalb hilft PAP-RDC heute auch anderen Bevölkerungsgruppen.

Die kongolesischen Helfer sind in vielen Fällen die einzigen, die überhaupt helfen können: Weil sie in besonders kritischen Kriegssituationen wissen, wem überhaupt noch zu trauen ist. Weil sie verlässliche Ansprechpartner haben. Oder ganz einfach, weil sie wissen, mit welchen Worten über das eigentlich Unaussprechliche doch geredet werden kann.

### Angst, verstoßen zu werden

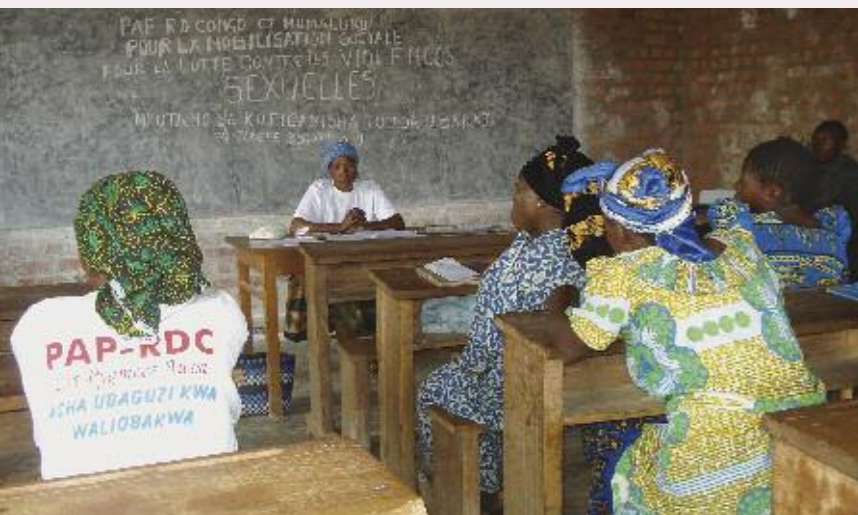
Willi Matadi ist so jemand, der reden und sein Publikum überzeugen kann. Er ist Mitglied von PAP-RDC und wirbt im Rahmen des Projektes um Verständnis und Unterstützung für die Überlebenden. Wenn Willi Matadi nicht gerade von Angesicht zu Angesicht

mit Menschen über dieses Thema spricht, dann steht er vermutlich gerade im Studio und schickt eins seiner Programme über den Sender. Die Aufklärung sei durchaus erfolgreich, meint er: „Früher haben sich die Überlebenden nach einer Vergewaltigung versteckt. Sie haben geschwiegen weil sie Angst hatten, von ihren Partnern, den Familien und der Gesellschaft verstoßen zu werden.“ Diese Angst war durchaus berechtigt. Tatsächlich wurden und werden viele Frauen, die eine Vergewaltigung überlebt haben, verstoßen. „Aber es werden weniger“, sagt Willi Matadi. Und freut sich über jeden Mann, der auf einer der hölzernen Bänke sitzt.

In den Versammlungen erklären Matadi und seine Kollegen noch mehr: Dass es wichtig ist, sofort zu einer Gesundheitsstation zu gehen, um dort Medikamente gegen HIV zu bekommen. Die Projektpartner der Diakonie Katastrophenhilfe stimmen sich dabei mit anderen Hilfsorganisationen ab. Wo es zum Beispiel ein Krankenhaus gibt, werden die Patientinnen dorthin verwiesen. Im anderen Fall verteilt PAP-RDC dank der Gelder aus Deutschland die lebenswichtigen Medikamente für die Überlebenden der sexuellen Gewalt an lokale Gesundheitsstationen.



Informationsveranstaltungen von PAP sind gut besucht



### Ärzte behandeln auch umsonst

Doch nur zusammen mit Aufklärung ist es überhaupt sinnvoll, Medikamente zu verteilen. Denn üblicher Weise müssen kongolesische Patientinnen und Patienten für ihre Behandlung und ihre Medikamente bezahlen. Viele Menschen kommen deshalb gar nicht mehr auf die Idee, dass sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten – sie könnten sich eine Behandlung eigentlich gar nicht leisten. Deshalb erzählen Willi Matadi und seine Kollegen ihren Zuhörerinnen und Zuhörern in den Holzbänken auch, dass es Krankenhäuser und Ärzte gibt, die Überlebende sexueller Gewalt auch umsonst behandeln und sogar operieren.

PAP-RDC versucht außerdem mit Hilfe eines Netzwerkes in den Dörfern, die Frauen auch psychologisch zu unterstützen. In vielen Orten haben die Mitarbeitenden von PAP die betroffenen Frauen schon miteinander bekannt gemacht. So sind etliche lokale Gruppen entstanden, in denen sich die Frauen gegenseitig trösten, unterstützen und beraten. Für die Sozialarbeiter der Nichtregierungsorganisation wird der Austausch mit den Frauen außerdem einfacher, wenn sie bestimmte Informationen untereinander weitergeben: Termine für Treffen, Informationen über Hilfsangebote, rechtliche Beratung und anderes mehr.

Elisa Kanyere ist für den Rückhalt in „ihrer“ Gruppe zutiefst dankbar. Narben an beiden Handgelenken zeugen von dem schweren Verbrechen, das sie nur mit viel Glück überhaupt überlebte: Nachdem ein Dutzend Milizionäre sie vergewaltigt hatte, blieb sie schwer verletzt, bewusstlos und an den Handgelenken gefesselt im Wald zurück. Nach zwei Tagen wurde sie zufällig von ein paar Jungen gefunden, die auf der Jagd nach Ratten den Wald durchstreiften. Ihr Mann hat sie zwar nicht verstoßen, behandelt sie aber seit diesem Tag als Fremde. „Das Gespräch mit den anderen Frauen ist das letzte, was wir noch haben“, sagt sie. „Hier werden wir nicht als Aussätzige behandelt, sondern als Menschen.“ ■

**Bettina Rühl**

*Die freie Journalistin bereiste die DR Kongo im Juni 2009 und lernte dort die Arbeit von PAP-RDC kennen.*

## DR Kongo

Seit Mitte der 1990er Jahre sind mehrere Millionen Menschen den kriegsrischen Konflikten zum Opfer gefallen. Auch der 17.000 Mann starken Friedenstruppe der Vereinten Nationen (MONUC) ist es bisher nicht gelungen, der Gewalt ein Ende zu setzen. Im Osten des Landes liefern sich trotz mehrerer Friedensabkommen noch immer diverse Milizen Gefechte untereinander und mit der nationalen Armee. Auch Verbände aus den Nachbarländern Ruanda und Uganda sind an den Kämpfen beteiligt. Dabei begehen alle Konfliktparteien schwerste Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung wie Tötungen, Plünderungen, Brandstiftungen und Zwangsrekrutierung. Sexuelle Gewalt wird im Kongo von allen Kriegsparteien als Kriegswaffe eingesetzt.

Die Zahl der Vertriebenen liegt allein in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu und Orientale bei zwei Millionen. Viele Familien wurden bereits mehrfach vertrieben und besitzen praktisch nichts mehr. Die meisten Vertriebenen sind aus Angst vor weiterer Gewalt in wenig zugängliche Gebiete geflüchtet und schwer erreichbar. Andere sind in Familien untergekommen, die oft selbst kaum genug zum Leben haben.

Wo Vertriebene nach dem Ende der Kampfhandlungen in ihre Dörfer zurückkehren, wie im Nord-Kivu, treffen sie auf eine weitgehend zerstörte Infrastruktur. Es gibt kaum funktionierende Gesundheitseinrichtungen, Straßen und Schulen. Die Landwirtschaft, Hauptbetätigungsfeld der Menschen im Ostkongo, leidet unter der jahrelangen Vernachlässigung wegen der Kämpfe. Die Folge sind Nahrungsmittelengpässe und Mangelernährung, insbesondere bei Kindern.



## Projekte

### Überleben sichern

Unermüdlich sichern die Hilfsteams der Partnerorganisationen der Diakonie Katastrophenhilfe, PAP und LWF, das Überleben der akut von Krieg und Gewalt betroffenen Bevölkerung im Nord-Kivu. Die Nothilfe richtet sich sowohl an neu ankommende Vertriebene als auch an Rückkehrer und Familien, die Flüchtlinge aufgenommen haben, obwohl sie selbst kaum genug zum Leben haben. 4.300 Familien, das sind rund 22.000 Menschen, erhalten einmalige Nahrungsmittelrationen, bestehend aus 25 Kilo Reis, 12,5 Kilo Hülsenfrüchte und ein Kilo Salz. Sie decken den Grundbedarf für vier Monate und helfen Mangelernährung zu verhindern. Außerdem verteilt PAP Nothilfepakete mit Kleidung, Moskitonetzen, Seife, Decken, Kochgeschirr und anderen wichtigen Gebrauchsgütern, um die schlimmste Not der Flüchtlinge zu lindern. Gesundheitsstationen erhalten zudem Medikamente und Verbrauchsmaterial für die medizinische Versorgung von Überlebenden sexueller Gewalt. Diese bieten auch Notfallsprechstunden an und informieren über weitere Hilfsmöglichkeiten. Über das Bündnis ACT (Kirchen helfen gemeinsam) wird neben der Verteilung von Hilfsgütern auch der Betrieb von fünf ambulanten Ernährungsstationen des LWF gesichert, die insgesamt 3.600 mangelernährte Kinder mit Zusatznahrung versorgen und medizinisch betreuen.

■ **Betrag: 1.537.000 Euro** (2008–2010)

**Finanzierung:** Spenden und Auswärtiges Amt

### Ernährung nachhaltig verbessern

23.000 Bauernfamilien – Vertriebene und Familien, die Vertriebene aufgenommen haben – erhalten landwirtschaftliches Gerät wie Gießkannen und Hacken, Saatgut und Dünger. Wegen der akuten Nahrungsmittelknappheit setzt das Programm auf schnell wachsende Gemüsesorten mit hohem Nährwert, wie beispielsweise Kohl, Amarant und Auberginen. Praktische Schulungen vermitteln Basiswissen über geeignete Anbaumethoden. Landwirtschaftliche Berater stehen den Bauernfamilien von der Aussaat bis zur Ernte zur Seite. Kirchen und Kommunen stellen Land zur Verfügung, das die Familien gemeinsam bewirtschaften können.

■ **Betrag: 1.700.000 Euro** (2008–2010)

**Finanzierung:** Spenden und Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO)

### Nothilfe und Verbesserung der Trinkwasserversorgung

Auch in der Provinz Orientale, dem Einfallgebiet der Rebellenarmee Lord's Resistance Army, die vom Südsudan und von Uganda aus immer wieder Dörfer und Städte im Kongo überfallen, steigen die Flüchtlingszahlen dramatisch an. Dort leistet die Diakonie Katastrophenhilfe mit ihrer Partnerorganisation LWF Nothilfe für rund 33.000 Vertriebene. Die mittellosen Familien erhalten Hilfspakete mit den nötigsten Utensilien wie Kochgeschirr, Decken, Kleidung und Plastikplanen für Notunterkünfte. Mit der Einrichtung und Befestigung neuer Wasserstellen und Latrinen und Informationen zur Hygiene werden die Trinkwasserversorgung und die Gesundheitssituation verbessert. In den Distrikten Tshopo und Ituri konnte die Diakonie Katastrophenhilfe mit Unterstützung des BMZ 2009 ein weit reichendes Programm zur Ernährungssicherung und Nothilfe für zurückkehrende Vertriebene starten. Dazu gehört u.a. der Neubau eines Ernährungszentrums und der Betrieb fünf weiterer Zentren für 4.000 schwer mangelernährte Kinder sowie der Bau von 38 Einrichtungen zur Trinkwasserversorgung. Um die Ernährungssituation nachhaltig zu verbessern, erhalten 6.000 Familien Saatgut, landwirtschaftliche Geräte und eine praktische Schulung. An zehn Schulen entstehen Gemeinschaftsgärten für Schulkinder.

■ **Betrag: 1.300.000 Euro** (2008–2010)

**Finanzierung:** Spenden, Auswärtiges Amt und BMZ



Jugendliche protestieren für ein friedliches Zusammenleben

## Vergangenheit bewältigen – Zukunft gestalten



Angelika Söhne  
ist Projektkommunikatorin der  
Diakonie Katastrophenhilfe und  
bereiste Liberia im Februar  
2010.

James war 14 Jahre alt, als er das erste Mal einen Menschen tötete. Er war einer der rund 20.000 Kindersoldaten, die mit billigen Drogen aufgeputscht oder durch Drohungen eingeschüchert, zum Teil schreckliche Gräueltaten verübten. Henrietta Jimmy, die als Traumaberaterin im Auftrag der Diakonie Katastrophenhilfe arbeitet, hat den heute 24-Jährigen zurück in sein Dorf begleitet. „Es war ein schwerer Schritt für beide Seiten“, sagt sie.

Der Bürgerkrieg hat eine ganze Generation ihrer Kindheit und Jugend beraubt. Viele sind Opfer oder Zeuge von Gewalt geworden, haben Angehörige verloren oder sind von ihren Familien getrennt worden. Unzählige Mädchen wurden entführt und mussten als so genannte „bush wives“ den Angehörigen der Milizen oder Truppen sexuelle Dienste leisten. Noch immer fällt es vielen Jugendlichen schwer, sich wieder an einen geregelten Alltag zu gewöhnen. Die meisten haben jahrelang keine Schule besucht. Im Unterricht können sie sich oft schlecht konzentrieren, sind lethargisch oder reagieren schnell aggressiv.

### Über den Schmerz sprechen lernen

„Therapeutic session“ nennen die Sozialarbeiterinnen der 1998 gegründeten Partnerorganisation Center for Justice and Peace Studies (CJPS) eine Form der psychosozialen Unter-

stützung, die alle zwei Wochen an insgesamt 15 Schulen in Ganta im Norden Liberias auf dem Stundenplan steht. Gut 60 Schülerinnen und Schüler drängen sich am Morgen in den kleinen Klassenraum der Parkerson-Schule. Die Jüngsten sind 14, die Ältesten fast 30 Jahre alt. Die Sitzungen sind freiwillig und offen für alle Jahrgangsstufen. Jede Stunde folgt der gleichen Struktur und festen Regeln. Ganz wichtig: Vertraulichkeit, Zuhören und gegenseitiger Respekt.

Zwei Traumafachkräfte betreuen die Sitzungen. Während die eine die Stunde leitet, fasst die andere die wichtigsten Punkte zusammen und beobachtet. „Oft geben gerade die unausgesprochenen Reaktionen einen Hinweis auf emotionalen Stress“, erklärt Korto Toe, Traumaberaterin von CJPS. Die Sozialarbeiterinnen bieten Einzelgespräche an oder gehen auf Jugendliche zu, die angespannt oder bedrückt

wirken. „Es gibt keine Patentrezepte, um die psychischen Wunden zu heilen“, sagt Korto Toe. Wichtig sei anzuerkennen, dass sich die Vergangenheit nicht ungeschehen machen lässt. „Doch jede und jeder hat in der Gegenwart die Chance, die eigene Zukunft zu gestalten“, lautet ihre Botschaft an die jungen Menschen. Entsprechend steht die Suche nach Strategien und Lösungen für das Alltagsleben im Vordergrund. CJPS arbeitet daher eng mit anderen Organisationen zusammen, die beispielsweise jungen Müttern Kinderkleidung zur Verfügung stellen oder Missbrauchsfälle vor Gericht bringen.

### Friedenserziehung – Streit schlichten und Gewalt vorbeugen

Neben der psychosozialen Hilfe, fördert CJPS sogenannte Friedensclubs, in denen Schülerinnen und Schüler, teils in Eigenregie, teils angeleitet, über Konflikte, Frieden und andere Themen debattieren. Die Friedensclubs legen die Grundlage für eine Kultur des Dialogs und geben die Möglichkeit, konstruktives, gewaltfreies Verhalten einzuüben. „Die Schülerinnen und Schüler sind wesentlich aktiver geworden“, stellt Nathaniel Tokpah, Direktor der Mesiah Christian Academy fest. „Sie sind in der Lage, Konflikte untereinander zu regeln, ohne dass es zu Prügeleien kommt oder wir eingreifen müssen“. Die jugendlichen Mitglieder der „peace clubs“ wollen Vorbild sein. So wie die 23-jährige Cecilia, die selbstbewusst erklärt: „Wir sind Friedensstifter. Wir älteren Schüler können den Jüngeren helfen“.

Die Friedensarbeit kommt an den Schulen gut an. Waren es in der Pilotphase 2008 sechs Schulen, läuft das Programm mittlerweile an 15 Schulen der Stadt. Schulleiter Joseph Lablah von der Hope Academy ist vom Sinn der Friedenserziehung überzeugt: „Nur wenn die Jugendlichen erleben, dass sie eine positive Rolle in der Gesellschaft spielen können, hat der Frieden in Liberia eine dauerhafte Chance“.

### Friedensarbeit in Ganta

Die Angebote an den Schulen sind ein Teil der vielschichtigen Friedensarbeit in Ganta. Hier unweit der Grenze zu Guinea hat der Bürgerkrieg besonders heftig getobt. Äußerlich sind in der mit 41.000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Liberias fast alle Spuren der Zerstörung beseitigt. Schulen haben wieder geöffnet. Motorräder knattern auf den Straßen. Überall herrscht geschäftiges Treiben. Doch der Krieg hat tiefe Gräben hinterlassen. Die

Kriegsparteien hatten religiöse und ethnische Konflikte zwischen den insgesamt 16 Volksgruppen gezielt geschürt. Durch den Krieg ist eine Gewaltkultur erwachsen, die sich häufig auf den Straßen entlädt. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von rund 80 Prozent bilden Frust, Perspektivlosigkeit und eine hohe Gewaltbereitschaft ein gefährliches Gemisch. „Es reicht deshalb nicht, Schulen, Gesundheitsstationen und Brunnen wiederaufzubauen“, sagt Asatu Konneh, Mitarbeiterin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Wir müssen auch etwas dafür tun, dass sich das Denken in den Köpfen der Menschen verändert“.



An 15 Schulen ist Traumaarbeit ein fester Bestandteil des Unterrichts

### Das Selbstvertrauen stärken

Trotz Schulpflicht geht etwa die Hälfte aller Kinder nicht zur Schule. Viele Familien können die Kosten für Schulgebühren und Uniformen nicht aufbringen. Zehntausende bleiben ohne Abschluss und Aussicht auf eine gesicherte Zukunft. CJPS versucht daher gezielt jene zu erreichen, die außerhalb des Schulsystems stehen: Schulabbrecher, ehemalige Kindersoldaten, Straßenkinder und arbeitslose Jugendliche. Computer- und Alphabetisierungskurse helfen, die Berufschancen zu verbessern. Neben praktischen Kenntnissen stärken die Kurse vor allem das Selbstvertrauen der jungen Leute. „Ich würde gerne Anwalt werden“, sagt der 20 Jahre alte Sebastian. Er hat im Krieg vier Schuljahre verloren, nicht jedoch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. 150 Jugendliche konnten im vergangenen Jahr an den Computerschulungen teilnehmen, 100 an Alphabetisierungskursen. Eine zweite Staffel soll in diesem Jahr folgen.



Motorradtaxi in Ganta

Eine andere wichtige Zielgruppe sind die Motorradtaxifahrer, die das Stadtbild von Ganta beherrschen. Der Großteil der Fahrer sind ehemalige Kindersoldaten. Das Geschäft geht gut. Doch mit der wachsenden Zahl an Fahrzeugen ist auch die Zahl der Unfälle dramatisch gestiegen. Neben fehlenden Fahrkenntnissen, spielen Alkohol und Drogen eine Rolle. Hinzu kommt eine hohe Gewaltbereitschaft und niedrige Frustrationsschwelle, so dass Unfälle schnell in handfesten Auseinandersetzungen enden. In Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei bietet CJPS darum Kurse an, die neben grundlegenden Verkehrsvorschriften auch vermitteln, wie sich Streitigkeiten gewaltfrei regeln lassen. „Die Zahl der Unfälle ist deutlich gesunken“, berichtet Wilson Nyanamah, Chef der örtlichen Verkehrspolizei erleichtert. Obwohl bislang erst

knapp zehn Prozent der rund 1.700 Taxifahrer in Ganta geschult worden sind, hat sich das Fahr- und Konfliktverhalten enorm verbessert, bestätigt auch Henry Porte, Vorsitzender der Taxigewerkschaft. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Polizei und Fahrern merklich entspannt.

### Gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben

Radioprogramme, Friedensfestivals, Theateraufführungen und Sportwettkämpfe vervollständigen das Spektrum der Friedensarbeit. Die Begegnungen zwischen unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen tragen dazu bei, Versöhnung zu fördern und Feindbilder abzubauen. Während Fußballspiele in der Nachkriegszeit oft in handfesten Krawallen endeten, sind es jetzt Ereignisse, die begeisterte Zuschauer anlocken. Bewirkt wurde die Veränderung durch Schulungen zu Regeln im Sport, die zeigen, dass sich Gegner durchaus friedlich auseinandersetzen können. Darüber hinaus arbeitet CJPS mit verschiedenen Jugendorganisationen zusammen und bietet Kurse für Jugendleiter und Nachwuchsjournalisten an. Wie sehr sich die Jugendlichen selbst inzwischen als Botschafter des Friedens



verstehen, zeigt ein spontan organisierter Friedensmarsch. Rund 300 Teenager ziehen durch die Stadt und werben für ein friedliches Zusammenleben: „Wir sind ein Volk, wir brauchen Frieden.“

Angelika Söhne

## Friedensförderung und Konfliktprävention



Mit der Friedensarbeit schließt die Diakonie Katastrophenhilfe ihr Arbeitsfeld der humanitären Hilfe in Liberia ab. Während nach Kriegsende der Wiederaufbau im Mittelpunkt stand, soll die Friedensarbeit stabile soziale Strukturen wiederherstellen. Verena Jenner, Leiterin des Landesbüros in Liberia, erklärt den Ansatz.

### Welche Rolle spielt Friedensarbeit in der humanitären Hilfe?

Nach einem bewaffneten Konflikt ist häufig nicht nur die materielle, sichtbare Zerstörung ein Problem, sondern auch die zerstörten Beziehungen innerhalb der Gesellschaft. Nach Jahren der Feindschaft und der Gewalt müssen erst wieder Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben entwickelt werden. Friedensarbeit ist als Prozess zu sehen, der auf verschiedenen Ebenen stattfinden muss – in der Regierung ebenso wie in der Dorfgemeinschaft.

### Wie funktioniert das in der Praxis?

Am Anfang der Friedensprojekte steht eine genaue Analyse gemeinsam mit den Menschen in der Region. Auf dieser Grundlage wird dann mit der Partnerorganisation entschieden, wo und wie am besten geholfen werden kann. Das können Initiativen für Dialog und Versöhnung zwischen verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen sein, die durch den Krieg verfeindet sind. Oder aber auch Kurse in gewaltfreier Konfliktlösung, individuelle Traumarbeit oder die Unterstützung von rückkehrenden Kriegsflüchtlingen bei der Wiedereingliederung.

### Was sind die wichtigsten Faktoren für erfolgreiche Friedensarbeit?

Es ist wichtig an den Faktoren zu arbeiten, die einen dauerhaften Frieden behindern. Diese können innerhalb eines Landes sehr unterschiedlich sein. Beispielsweise haben wir in Liberia Projekte im eher städtischen Bereich, bei denen die Versöhnung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, die dort auf engem Raum zusammenleben, ein Hauptproblem ist. In den ländlichen Gemeinden hingegen ist eher der Generationenkonflikt nach dem Krieg ein Schwerpunkt. Die Friedensprojekte setzen direkt bei den Menschen in den Dörfern, Schulen oder Jugendgruppen an. Deshalb sind erfahrene einheimische Partner für uns unverzichtbar. Nur wenn die Maßnahme so gestaltet ist, dass sich die Zielgruppe selbst damit identifizieren kann, hat sie Aussicht auf Erfolg.

### Warum ist „peacebuilding“ für Liberia sieben Jahre nach Kriegsende noch notwendig?

Während der physische Wiederaufbau in Form neuer Schulen und Straßen und eines breiteren Warenangebotes immer mehr Gestalt annimmt, steckt der soziale Wiederaufbau noch in den Anfängen. Der Versöhnungsprozess kommt nur schleppend voran, und die Gewaltbereitschaft ist erschreckend hoch. Viele der ehemaligen Kindersoldaten sind nie integriert oder sozial betreut worden. Angebote zur Bearbeitung von Kriegstraumata gibt es nur sehr wenige. Wenn diese Themen nicht wirksam behandelt werden, bleibt die Gefahr eines Wiederaufflammens gewaltsamer Auseinandersetzungen.

## Liberia

Nach 14 Jahren endete 2003 der Bürgerkrieg. Mehr als 150.000 Menschen kamen ums Leben; ein Großteil der Bevölkerung war jahrelang auf der Flucht. Kinder und Jugendliche tragen besonders schwer an den Folgen des Krieges. Sie machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Seit der Wahl der Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf 2006 scheint das Land zwar auf einem guten Weg zu dauerhaftem Frieden zu sein; insbesondere in den schwer zugänglichen ländlichen Gebieten im Süd-Osten leben die Menschen nach wie vor unter schwierigen Bedingungen.

Es fehlt an ausreichender Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich, und auch die Landwirtschaft kommt nur langsam wieder in Gang. Noch immer bestehen Spannungen zwischen den im Krieg verfeindeten ethnischen und religiösen Gruppen, und die Gewaltbereitschaft ist weiter hoch.

## Projekte

### Friedensarbeit

Mit Projekten zur Friedensförderung und Konfliktprävention will die Diakonie Katastrophenhilfe die Versöhnung voranbringen und künftigen Konflikten vorbeugen. Dies geschieht durch psychosoziale Traumarbeit, Friedenserziehung, Mediationstraining oder gemeinsame Aktivitäten für Angehörige unterschiedlicher religiöser und ethnischer Gruppen.

■ Betrag: 213.000 Euro (2009-2010)

Finanzierung: Spenden

### Bildung und Gesundheit

Vor allem in den ländlichen Gebieten im Südosten sind die Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote noch immer völlig unzureichend. Mit ihren lokalen Partnern setzt die Diakonie Katastrophenhilfe den Wiederaufbau von Schulen und Gesundheitseinrichtungen fort und bildet Gesundheits- und Lehrkräfte aus.

■ Betrag: 1.300.000 Euro (2009-2010)

Finanzierung: BMZ

## Verhindern, dass aus Konflikten Gewalt entsteht



Michael Windfuhr  
leitet seit 2006  
das Team Menschenrechte  
bei „Brot für die Welt“

Welche Entwicklungsarbeit ist für ein kirchliches Hilfswerk in Konfliktregionen möglich? Ein Rückzug aus konfliktgeladenen Regionen kommt nicht in Frage, da unserer Partner auch unter schwierigen Bedingungen auf unsere Unterstützung und unsere Solidarität vertrauen. Welche Rolle muss in den zum Teil lange andauernden und komplexen Konfliktsituationen die Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit spielen?

Die Herausforderungen an humanitäre Hilfe, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensarbeit sind komplexer geworden. Die Arbeit findet heute vielfach in einem Umfeld von fragiler oder nicht (mehr) vorhandener Staatlichkeit statt. Um Frieden langfristig zu sichern, müssen Menschenrechte geachtet, geschützt und aktiv verwirklicht werden. Es braucht stabile Verhältnisse und Möglichkeiten, um Konflikte konstruktiv und gewaltfrei zu transformieren. Frieden wird möglich, wenn sich eine starke Zivilgesellschaft, eine unabhängige Justiz, soziale Grundversorgung, transparente öffentliche Finanzen und ein Wirtschaftssystem, das der Bevölkerung ein ausreichendes Einkommen sichert, entwickeln. Doch in vielen Ländern sind weder die staatlichen noch die internationalen Akteure willens oder in der Lage, dies Wirklichkeit werden zu lassen.

### Friedenspotenziale kirchlicher Partner nutzen

„Brot für die Welt“ steht an der Seite der Armen und fordert deren grundlegendsten Rechte und ein menschenwürdiges Dasein ein. Zwangsläufig führt das in die Auseinandersetzung mit den Kräften, die genau dies verhindern wollen. Der Name „Brot für die Welt“ ist Programm und der Titel des Grundsatzpapiers „Den Armen Gerechtigkeit“ eine Herausforderung zur Einmischung und zur Auseinandersetzung mit den Akteuren und Strukturen, die Ungerechtigkeit schaffen und zementieren. Da „Brot für die Welt“ eng mit kirchlichen Partnern zusammenarbeitet, gilt es, deren Friedenspotenziale – Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Unabhängigkeit – zu nutzen wo immer dies möglich ist. Gleichzeitig gilt es, möglicherweise konfliktverschärfende Aspekte religiöser Akteure zu erkennen und zu minimieren.

Im Team Menschenrechte wurde in den 1970er Jahren der menschenrechtliche Ansatz entwickelt. Er unterstützt Menschen, die in Konfliktsituationen für ihre Rechte und die Rechte anderer eintreten und des-

wegen verfolgt werden. Nicht selten ist das Leben dieser Menschenrechtsverteidiger und -verteidigerinnen, gefährdet. Sie bringen die menschenrechtlichen Standards zur Geltung und helfen Betroffenen, zu Beteiligten zu werden. Indem Betroffene gestärkt werden, können sie ihre eigenen Forderungen und Bedürfnisse artikulieren, auf die politische und öffentliche Agenda setzen und in der politischen Auseinandersetzung verfolgen.

Menschenrechtsverteidiger sind längst nicht mehr nur Juristen, die sich für Meinungsfreiheit und gegen Folter und Verschwindenlassen engagieren, sondern auch Aktivisten, die sich gegen staatliche Verletzungen oder das Unterlassen von Unterstützung im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen, Gewerkschaftsführer, Frauenrechtlerinnen oder Aktivisten für das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser.

### Konflikttransformation als Veränderungsprozess

Konflikte, solange sie gewaltfrei ausgetragen werden, können notwendig sein und positive Beiträge zur Entwicklung leisten. Es geht nicht darum, Konflikte zu vermeiden oder zu unterdrücken, sondern zu verhindern, dass sie in Gewalt ausbrechen. In Konflikten muss es darum gehen, neue Beziehungen und gerechtere soziale Strukturen zu erreichen. Das Konzept der Konflikttransformation hat Raum für Zuspitzung, Advocacy, Menschenrechtsarbeit, aber auch für Versöhnung und nachhaltige Entwicklung. Transformation heißt Veränderung und macht deutlich, dass es um Prozesse geht, nicht um schnelle Lösungen. Der zeitliche Rahmen des Engagements ist daher auch ein anderer als der der Diakonie Katastrophenhilfe, die akut reagiert und überall dort hilft, wo die Not am größten ist. Gemeinsam ist beiden Organisationen, dass sie die Menschenrechte zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit machen, sei es mitten in einem Gewaltkonflikt oder im Zuge erfolgreicher Präventionsarbeit.

Transformationsprozesse lindern die Not, schaffen neue Beziehungen und einen Ort der Vergebung. Sie entwickeln Kompetenzen, bauen Institutionen auf und verhelfen der Wahrheit ans Licht. Sie fördern den Dialog zu Normen und Werten und lassen Hoffnung entstehen. All dies zusammen ermöglicht eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten, aktuell und zukünftig.

Konflikttransformation belässt es nicht dabei, eine Deeskalation offener Gewalt zu erreichen, auch wenn dies in vielen Situationen die Vorbedingung für eine weitere Arbeit darstellt. Zu oft bleiben die dahinter liegenden Strukturen von Ungerechtigkeit, aber auch von Macht, Ausbeutung und Profit verborgen. Indem Konflikttransformation auf eine gerechtere Machtverteilung abzielt, kann es an der Auseinandersetzung mit diesen Strukturen kein Vorbei geben und damit auch keine faulen Kompromisse.

### Schwerpunkte in der Arbeit von „Brot für die Welt“

Schwerpunkte haben sich zu einzelnen Ländern (wie Sri Lanka oder Kolumbien) und zu Regionen (zum Beispiel das Horn von Afrika) gebildet. Schwerpunkte haben sich dann entwickelt, wenn

1. Austausch und Dialogprozesse von Partnern gefördert wurden;
2. über einzelne Projekte in der Konfliktregion hinaus die Bildung und das Engagement ökumenischer Strukturen und Netzwerke (finanziell und durch aktive Mitarbeit) unterstützt wurden und/oder
3. besonders intensive Kooperationen zwischen verschiedenen Abteilungen der Ökumenischen Diakonie zu spezifischen Konfliktregionen entstanden sind.

Schwerpunktbildung hat immer auch auf Initiative von Partnern stattgefunden. Aus den praktischen Erfordernissen haben sich regionale Schwerpunkte entwickelt, die der Arbeit der Ökumenischen Diakonie in Konfliktsituationen ihr derzeitiges Profil geben.

Darin kommen unsere Grundorientierungen

- Konflikttransformation,
- lokale Friedenspotenziale nutzen,
- Gendergerechtigkeit,
- menschenrechtliche Orientierung,
- humanitäre Hilfe

als Beitrag zum Frieden in immer wieder neuen Konstellationen in der Arbeit vor Ort



Zerstörter Panzer im Sudan

zum Tragen.

### Thematische Schwerpunkte

In der Arbeit vieler Partner und in vielen Projektansätzen, vor allem in Afrika, hat sich das Thema „Rohstoffe und Konflikt“ als ein Handlungsschwerpunkt herausgestellt. Dies wurde vom Team Menschenrechte aufgenommen und vielfältig unterstützt. Die Transformation solcher Problemlagen kann weder durch einzelne Projekte noch durch einzelne Instrumente der Konfliktbearbeitung allein gelingen. Hier müssen viele Stränge zusammenlaufen, die auf den ersten Blick mit Konflikttransformation nur indirekt zu tun haben, wie die Bekämpfung der Korruption, die Unterbindung des illegalen Handels mit Rohstoffen oder die Stärkung der Bevölkerung in ihren Strukturen und ihrer Verhandlungsmacht. In ihrem Zusammenwirken erweist sich ihr transformierendes Potenzial als besonders wirksam. ■

Michael Windfuhr

**Binnenvertriebene**

(engl. Internally Displaced Persons - IDPs)  
Binnenvertriebene sind Zivilisten, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt keine nationalen Grenzen überschreiten, sondern innerhalb des eigenen Landes bleiben.

**Flüchtlinge**

Flüchtlinge sind Zivilisten, die aus Furcht vor Verfolgung und auf der Suche nach Schutz über eine Staatsgrenze fliehen. In der Genfer Flüchtlingskonvention werden Gründe für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus definiert und verbindliche Regeln zum Umgang mit Flüchtlingen festgelegt.

**Humanitäres Völkerrecht**

Das humanitäre Völkerrecht ist ein international gültiges Sonderrecht, das für Situationen bewaffneter Konflikte geschaffen wurde. Seine Ursprünge gehen zurück auf die erste Genfer Konvention von 1864, die von zwölf Staaten unterzeichnet wurde und den Umgang mit verwundeten Soldaten und die medizinische Versorgung regelte. Die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts schützen Personen, die nicht oder nicht mehr an den Kriegshandlungen teilnehmen (wie Verwundete, Gefangene und Zivilisten) und legen den kriegsführenden Parteien Beschränkungen hinsichtlich der Art und Weise der Kriegsführung auf. Das Kernstück des humanitären Völkerrechts sind die vier Genfer Abkommen von 1949 und dessen Zusatzprotokolle von 1977 und 2005. Im Jahre 2002 wurde der Internationale Strafgerichtshof mit Sitz in Den Haag eingerichtet, um Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verfolgen.

**Innerstaatliche Kriege** (Bürgerkrieg)

Bewaffnete Konflikte, die im Hoheitsgebiet eines Staates zwischen dessen Streitkräften und abtrünnigen Streitkräften oder nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen ausgetragen werden, bezeichnet man als innerstaatlichen Krieg oder Bürgerkrieg. Dabei geht es meist entweder um die Umgestaltung des politischen Systems oder eine Sezession bzw. zumindest die Autonomie eines Teils des Territoriums eines Staates.

**Konflikte**

Konflikte sind Interessengegensätze um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind,

sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. Ein bewaffneter Konflikt liegt vor, wenn es in zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt oder in einem anhaltenden Konflikt zwischen einer Regierung und organisierten, bewaffneten Gruppen oder zwischen solchen Gruppen innerhalb eines Staates.

**Kriege**

Als Krieg bezeichnet man einen organisierten, mit Waffen gewaltsam ausgetragenen Konflikt zwischen Staaten bzw. zwischen Bevölkerungsgruppen eines Staates, an dem zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt sind, mit regulären Streitkräften der Regierung auf mindestens einer Seite. Kriegserische Konflikte sind gekennzeichnet durch ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes. Bei Kriegen handelt es sich immer um bewaffnete Operationen mit einer gewissen Kontinuität, die einer planmäßigen Strategie folgen.

**Komplexe Krisen**

Unter komplexen Krisen versteht man vielschichtige humanitäre Krisen, die auf ein Zusammenspiel von ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen zurückzuführen sind. Sie produzieren in großem Umfang Hunger, Gewalt und Vertreibung und haben eine hohe Zahl ziviler Opfer (Tote, Flüchtlinge, Vertriebene) zur Folge. Es gibt keine klaren Anfangs- und Endpunkte. Beispiele für solche Krisen, die heute noch andauern, sind die Konflikte in Somalia, Darfur oder im Gebiet der Großen Seen in Afrika.

**Zivil-militärische Zusammenarbeit**

Unter zivil-militärischer Zusammenarbeit versteht man die Zusammenarbeit militärischer Abteilungen und Einheiten mit zivilen Behörden, Institutionen und Einrichtungen. Im engeren Sinne fallen darunter einsatzbegleitende Maßnahmen der Streitkräfte in Form humanitärer Hilfe, die der Vertrauensbildung gegenüber der lokalen Bevölkerung dienen sollen. Humanitäre Organisationen sehen in der Vermischung von zivilen und militärischen Akteuren jedoch eine Gefahr für die Unabhängigkeit der humanitären Hilfe. Sie fordern daher, dass Streitkräfte die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau zivilen Akteuren überlassen sollten.

<b>ACT</b>	Action by Churches Together (Kirchen helfen gemeinsam)
<b>AKUF</b>	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Hamburg
<b>BMZ</b>	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>CAPNI</b>	Christian Aid Program Nohadra Iraq (Christliches Hilfsprogramm Nordirak)
<b>CJPS</b>	Center for Justice and Peace Studies (Zentrum für Gerechtigkeit und Friedensforschung)
<b>DBG</b>	Daryeel Bulsho Guud (Hilfe für Alle), Somalia
<b>Difäm</b>	Deutsches Institut für ärztliche Mission, Tübingen
<b>ECHO</b>	European Commission's Humanitarian Aid department (Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission)
<b>LRRD</b>	Linking Relief, Rehabilitation and Development (Verbindung von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungshilfe)
<b>LWF</b>	Lutheran World Federation (Lutherischer Weltbund)
<b>MONUC</b>	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo (Friedensmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo)
<b>PAP-RDC</b>	Programme d'Assistance aux Pygmées en R.D. Congo (Programm zur Unterstützung der Pygmäen in der DR Kongo)
<b>SPLM/A</b>	Sudan People's Liberation Movement/Army (Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/Armee)

**Konflikttransformation und Friedensarbeit:**

**Orientierungsrahmen der Ökumenischen Diakonie.** Profil 01.

**Download:**

[www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/profil01\\_konflikttransformation.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/profil01_konflikttransformation.pdf)

**Planting hope to harvest self-reliance – Somalia.**

**Download:**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de/hilfe-weltweit/2061\\_972\\_DEU\\_HTML.php](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/hilfe-weltweit/2061_972_DEU_HTML.php)

**Gemeinsame Erklärung von Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas international.**

**Download:**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/GE\\_deutsch.pdf](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/GE_deutsch.pdf)

**EU- und deutscher Militäreinsatz in der DR Kongo -**

**Glaubwürdige Hilfe für Demokratie, Sicherheit und Entwicklung, Positionspapier.**

**Download:**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Positionspapier\\_Kongo.pdf](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Positionspapier_Kongo.pdf)

**Hintergrundpapier zur Situation im Sudan.**

**Download:**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Hintergrundpapier\\_Sudan.pdf](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Hintergrundpapier_Sudan.pdf)

**Hintergrundinformationen zu Somalia.**

**Download:**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Hintergrundinformationen\\_Somalia.pdf](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/downloads/Hintergrundinformationen_Somalia.pdf)

...damit das Leben weitergeht

**Diakonie**   
**Katastrophenhilfe**

Spendenkonto:  
502 707  
Postbank Stuttgart  
BLZ 600 100 70



Mitglied der  
**actalliance**

Diakonie Katastrophenhilfe  
Postfach 10 1142  
70010 Stuttgart  
Telefon 0711 / 21 59-568  
Telefax 0711 / 21 59-390  
[kontakt@diakonie-katastrophenhilfe.de](mailto:kontakt@diakonie-katastrophenhilfe.de)  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)